

An die
Bezirksregierung xxxx
Der Regierungspräsident/Die Regierungspräsidentin
xxx Str.
00000 xxxxx

Verband/BI
Beispielweg 10
0000 Ort

20.02.2020

Ausbau der Windkraft verstößt gegen Artikel 20a Grundgesetz – Fragen zum weiteren Vorgehen der Bezirksregierung zur Sicherstellung rechtsstaatlichen Handelns

Sehr geehrte/r Herr Regierungspräsident, Frau Regierungspräsidentin,

aufgrund der unvorstellbaren Dimensionen, die der Ausbau der Windkraft mittlerweile bundesweit anzunehmen droht, sind viele Bürger zunehmend nicht nur um ihre Gesundheit und die Umwelt besorgt, sondern zweifeln begründet auch an der Rechtsstaatlichkeit einer weiteren Förderung der Windenergie.

Wegen der hohen Bedeutung hat auch ein namhafter Staatsrechtler das Thema aufgegriffen und sich mit den staatsrechtlichen Aspekten des geplanten forcierten Ausbaues der Windkraft beschäftigt. Er hat überzeugend und detailliert dargestellt, dass einem weiteren ungebremsten Ausbau der Windkraft in Deutschland erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken entgegenstehen. Wegen eklatanter Schäden für Natur, Landschaft und die Lebensgrundlagen auch der kommenden Generationen verstößt der weitere Ausbau gegen das Staatsziel Umweltschutz, das in Art. 20a GG definiert ist, und muss deshalb überprüft wenn nicht gar sofort beendet werden.¹

Als Entscheidungsträger sind Sie in der Pflicht, Schaden von der Natur und den Bürgern abzuwenden. Deshalb bitten wir um Beantwortung folgender Fragen:

Da nach Aussage des Verfassungsrechtlers die Besorgnis besteht, dass z.B. in zahlreichen Genehmigungsfällen höherrangiges Recht verletzt wird, fragen wir:

¹ Siehe ausführliche Stellungnahme bei „Klimaschutz und Grundgesetz. Wozu verpflichtet das „Staatsziel Umweltschutz“? Vortrag bei der Veranstaltung des Wirtschaftsbeirats der Union e.V., Ausschuss Ordnungspolitik, Grundsatzfragen, in München am 22.10.2019.
https://www.wbu.de/media/seiten/verein/ausschuesse/20191022_Murswieck_Vortrag_Klimaschutz.pdf

1. Ist Ihnen diese verfassungsrechtliche Problematik bewusst?

Wie gedenkt die Bezirksregierung sicher zu stellen, dass ihre Aktivitäten/ Entscheidungen zur Förderung der Windkraft – hier speziell auch baurechtliche Genehmigungen von Windkraftanlagen – verfassungskonform sind und nicht gegen das Grundgesetz, hier die Staatszielbestimmung im Grundgesetz Art. 20a GG oder sogar gegen weitere Verfassungsnormen wie den Art 2 Abs. 2 Satz 1 GG verstoßen?

Das Grundgesetz bindet alle Staatsgewalten und damit auch die Exekutive. Als Staatsorgan unterliegt jede Behörde und jeder Politiker, also auch die Bezirksregierung und ihre Mitarbeiter der in Art. 20a GG als Staatsziel definierten Schutzvorschrift für Natur und Umwelt. Jeder ist verpflichtet, sich ein **eigenes** Urteil über die Rechtmäßigkeit seines Tuns zu bilden und kann sich nicht allein auf die Verwaltungspraxis verlassen, wenn – wie hier – begründete Zweifel an der Rechtmäßigkeit des einschlägigen Verwaltungshandelns dargestellt werden.

Als Hilfestellung für die eigene Urteilsfindung sollten die Bezirksregierung diese Fragestellung an die Landesregierung übermitteln und diese auffordern, das Bundesverfassungsgericht zu Klärung dieser Grundsatzfrage anzurufen.

2. Wie wollen Sie die Bürger über Ihre weitere Vorgehensweise informieren?

Eine Ignorierung dieser Fragestellung durch die Bezirksregierung könnte unserer Meinung nach erhebliche Auswirkungen, v. a. auch in Hinsicht auf **Haftungsfragen** haben:

3. Was passiert, wenn Maßnahmen gefördert oder Antragsstellern ein Antrag genehmigt wird, dies sich aber später als verfassungswidrig herausstellt? Wer kommt für die dabei entstandenen Kosten auf? Und wie wollen Sie das den Bürgern erklären?

Wir geben zu bedenken: verfassungswidriges Handeln mit Folgen, wie sie durch den Anlagenbau von Windkraftanlagen verursacht werden, ist allen Adressaten des gesetzlichen Schutzgebotes in Art. 20a GG verboten. Die Missachtung des Verschlechterungsverbotest stellt eine Verletzung der Amtspflicht dar.

Lassen sie deshalb den Inhalt dieser Argumentation zum Schutz auch vor Haftungsfolgen verantwortlich prüfen.

Wegen der hohen und grundsätzlichen Bedeutung dieser Frage gehört eine Diskussion darüber kurzfristig auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Entscheidungsträger. Diese müssen in die Lage versetzt werden, ihre Verantwortung für die Gewährleistung verfassungsmäßigen Handelns wahr zu nehmen.

Wir fordern, bis zur endgültigen Klärung dieser Verfassungsfrage, sich dafür einzusetzen, den weiteren Ausbau der Windkraft auszusetzen.

In Erwartung Ihrer Antwort, gerne per Rückmail, mit freundlichen Grüßen

Willi Meier

Verein xyz

xxOrt, den xx.xx.2020

Anlagen:

- Gesamttext des Vortrages von Prof.Dr. Dietrich Murswiek vom 22.10.2019
- Kurzfassung